

Niederschrift

über die

**11. Sitzung des Werksausschusses des
Abfallwirtschaftsbetriebes**

am

Montag, den 05.12.2022

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

1. **Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr
 2. **Ende der Sitzung:** 17:05 Uhr
 3. **Ort der Sitzung:** Großer Sitzungssaal (4. Stock)
 Kreisverwaltung Ahrweiler

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzende:

Frau Cornelia Weigand Landrätin

Stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Hans-Werner Adams	CDU
Herr Günter Bach	SPD
Herr Johannes Bell	FWG
Herr Wilhelm Busch	CDU
Herr Richard Klasen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Ingrid Näkel-Surges	CDU Vertretung für Herrn Udo Stratmann
Herr Heinz Detlef Odenkirchen	CDU
Herr Stefan Petri	AfD (während TOP 1 erschienen)
Herr Christoph Scheuer	Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für Herrn Armin Rau (während TOP 1 erschienen)
Herr Wolfgang Schlagwein	Bündnis 90/Die Grünen (während TOP 2 gegangen)
Frau Petra Schneider	CDU

Beratende Mitglieder:

Herr Georg Giffels
 Herr Burkhard Müller Personalratsvorsitzender
 Frau Angela Weber

Kreisbeigeordnete:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Horst Gies CDU
 Frau Kreisbeigeordnete Christina Steinhausen FDP (während TOP 1 erschienen)

Schriftführer:

Herr Sascha Hurtenbach

Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Elena Kuhl
Herr Willibert Müller
Herr Stephan Müllers

Entschuldigt fehlten:**Stimmberechtigte Mitglieder:**

Herr Rainer Doemen	FWG	
Frau Irmgard Köhler	SPD	Vertretung für Herrn Fritz Langenhorst
Herr Fritz Langenhorst	SPD	
Herr Armin Rau	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Brigitte Schmickler	FDP	
Herr Martin Schmitt	FDP	Vertretung für Frau Brigitte Schmickler
Herr Udo Stratmann	CDU	

Beratende Mitglieder:

Herr Gerd Hohenreiter
Herr Julian Hohenreiter

Kreisbeigeordnete:

Herr Kreisbeigeordneter Friedhelm Münch FWG

N i e d e r s c h r i f t**Tagesordnung:**

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Personalkonzept AWB 2023
2.	Satzung zur Änderung abfallwirtschaftlicher Satzungen
3.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
4.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 des Abfallwirtschaftsbetriebes
5.	Verschiedenes

Die Vorsitzende eröffnete die 11. Sitzung des Werksausschusses des Abfallwirtschaftsbetriebes und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses am 20.09.2022 wurden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung

1	Personalkonzept AWB 2023
---	--------------------------

Die Vorsitzende informierte, dass der AWB mit den Nachwirkungen der Flut zu kämpfen habe. In der Vorlage sei dargestellt worden, dass durch unterschiedliche Effekte die personelle Einsatzfähigkeit des Eigenbetriebs sehr angespannt sei. Langzeiterkrankte Mitarbeitende, konjunkturelle Herausforderungen und auch die Sondersituation nach der Flut würden betriebliche Maßnahmen erfordern, die von der Ausbildung von Berufskraftfahrern bis hin zu einem Stellenmehrbedarf im Allgemeinen reichen. Der AWB müsse mit über 40 Krankentagen pro Mitarbeiter einen nie dagewesenen Mangel kompensieren. Die Maßnahmen würden auch helfen zukünftige Ausfälle vorzubeugen.

Frau Näkel-Surges (CDU) dankte für die umfangreiche Darstellung der Thematik. Sie fragte, wie lange die Berufskraftfahrer, die man ausbilden wolle, verpflichtet werden sollen beim AWB zu bleiben.

Der Werkleiter antwortete, dass sie nach der Ausbildung noch drei Jahre beim AWB arbeiten müssten. Herr Giffels stellte dar, dass man beabsichtige, die Ausbildung als solche durch verschiedene Maßnahmen auf ca. 6 bis 9 Monate zu verkürzen.

Herr Klasen (Bündnis 90/ Die Grünen) führte aus, dass in der Vorlage dargelegt worden sei, dass verschiedene Projekte des AWB nur noch mit zeitlichem Verzug abgearbeitet werden könnten. Er fragte, ob man darstellen könne mit welcher zeitlichen Verzögerung jeweils zu rechnen sei.

Der Werkleiter teilte mit, dass dies von verschiedenen Faktoren abhängig sei und man dies daher nicht absehen könne. Man hoffe jedoch, etwa die Zertifizierungen in 2023 abzuschließen.

Herr Bach (SPD) lobte die Vorlage. Er war der Meinung, dass die richtigen Konsequenzen gezogen worden sind.

Herr Adams (CDU) informierte, dass viele Krankenkassen interessierte Betriebe bei Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung unterstützen würden.

Der Werkleiter dankte für den Vorschlag. Auf einen weiteren Redebeitrag von Herrn Adams (CDU) antwortete der Werkleiter, dass er es wichtig finde, dass die Mitarbeiter zwischen Überstundenauszahlung und Freizeitausgleich frei wählen können.

Herr Bell (FWG) merkte an, dass das Personal, welches zur Kompensation der Dauerkranken eingestellt werden soll, lediglich vorübergehend erforderlich würde.

Beschluss:

Der Werksausschuss stimmt den Maßnahmen zu.

einstimmig beschlossen

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Ja-Stimmen: 10

2	Satzung zur Änderung abfallwirtschaftlicher Satzungen
---	---

Nach einleitenden Worten durch die Vorsitzende stellte der Werkleiter anhand einer Präsentation die wesentlichen Satzungsänderungen vor. Details hierzu können den in Session hochgeladenen Präsentationsfolien entnommen werden. In diesem Zusammenhang antwortete der Werkleiter auch auf eine Frage von Herrn Gies (CDU) bezüglich der Altpapierpreise.

Herr Petri (AfD) fragte, ob man als weiteren Anreiz zur Optimierung der Sortierung nicht fünf anstelle von sechs Mindestleerungen der Restmülltonne festsetzen könne.

Der Werkleiter antwortete, dass in der Vergangenheit ermittelt worden sei, dass grundsätzlich mindestens sechs Leerungen der Restmülltonne nötig seien. Die durchschnittliche Leerungszahl der Restmülltonne liege auch darüber. Zudem lasse sich die bisherige Regelung rechnerisch von der Verwaltung auch besser umsetzen. Auf eine weitere Frage von Herrn Petri (AfD) antwortete der Werkleiter, dass Gewerbebetriebe ihren Abfall zur Beseitigung grundsätzlich dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger überlassen müssten, hier seien sie also anschlusspflichtig.

Herr Bach (SPD) führte aus, dass die insgesamt Erhöhung der Abfallgebühren erschreckend sei. Der AWB sei eine kostendeckende Einrichtung, daher habe er schließlich keine andere Wahl, als die Gebühren zu erhöhen. Er fragte jedoch, ob man die Erhöhung zeitlich strecken könnte, zum Beispiel da sich die Entwicklung des Altpapierpreises doch noch zum Positiven wenden könnte.

Der Werkleiter antwortete, dass die gebotene kaufmännische Vorsicht dagegenspreche.

Die Vorsitzende merkte an, dass die Inflation, die hohen Krankenstände oder auch die fallenden Altpapierpreise schwierige Themen seien, die man berücksichtigen müsse.

Herr Klasen (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Näkel-Surges (CDU) stellten Fragen

zu der geplanten Sonderleerung einer fehlbefüllten Abfalltonne als Restabfall und den damit zusammenhängenden Kosten, welche der Werkleiter beantwortete.

Herr Marx (FWG) wies darauf hin, dass viele Bürger nicht wüssten bzw. nicht realisierten, dass sie die Restabfalltonne nicht zu jedem möglichen Termin zur Leerung bereitstellen müssten. Er schlug vor, die Bürger diesbezüglich noch einmal zu sensibilisieren und ihnen erneut deutlich zu machen, dass sie hier Kosten sparen können.

Herr Petri (AfD) war der Meinung, dass dies in der Vergangenheit grundsätzlich schon genug kommuniziert worden sei.

Der Werkleiter antwortete, dass man die Bürger vielleicht mit dem Gebührenbescheid noch einmal auf diese Tatsache hinweisen könnte.

Herr Marx (FWG) ergänzte, dass der Hinweis vielleicht auch der Verärgerung aufgrund der steigenden Gebühren entgegenwirken könnte.

Herr Bach (SPD) stimmte den Ausführungen von Herrn Marx zu.

Die Vorsitzende erwiderte, dass man dies als Anregung aufnehmen werde.

Herr Bell (FWG) kritisierte, dass die Basisgebühr für Haushalte mit Biotonne prozentual stärker steigen würde als die Basisgebühr für Haushalte ohne Biotonne.

Der Werkleiter antwortete, dass man mit den Gebührenerhöhungen die Wirklichkeit darstellen müsse. Er legte die Gründe für die stärkere Erhöhung der Basisgebühr mit Biotonne dar.

Beschluss:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag den Beschluss der Satzung.

einstimmig beschlossen

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Ja-Stimmen: 9

3	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
---	--

Die Vorsitzende berichtete, dass der Lagebericht des AWB für das Geschäftsjahr 2021 entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden sei. Dies bedeute, dass die Geschäftsführung auch im Geschäftsjahr 2021 keinen Anlass zu Beanstandungen biete und die gesetzlichen

Vorschriften beachtet worden seien.

Nach den einleitenden Worten der Vorsitzenden stellte Herr Bokelmann von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach die wichtigsten Eckpunkte dar.

Nachdem der Beschlussvorschlag einstimmig angenommen wurde, schlug die Vorsitzende vor, auf die Einladung von Herrn Bokelmann zum Kreistag zu verzichten. Das Gremium hatte hiergegen keine Einwendungen.

Beschluss:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von 31.931.553,47 € und einem Jahresverlust von 840.890,16 € festzustellen.

Der Jahresverlust von 840.890,16 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

einstimmig beschlossen

4	Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 des Abfallwirtschaftsbetriebes
---	--

Die Vorsitzende informierte, dass man plane das Jahr 2023 mit einem Gewinn von voraussichtlich rd. 300.000 € abzuschließen. Anschließend stellte sie die entscheidenden Effekte dar, welche für das Ergebnis des Wirtschaftsplans vor allem verantwortlich sind. Zudem legte die Vorsitzende die für 2024 bereits absehbaren finanziellen Risiken dar.

Herr Marx (FWG) stellte eine Frage zu Konto 570300, welche der Werkleiter und Herr Müller beantworteten.

Beschluss:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag den Wirtschaftsplan 2023 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

einstimmig beschlossen

5	Verschiedenes
---	---------------

Herr Bach (SPD) erachtete es als wichtig, dass der AWB im Fall eines Cyberangriffes

auf einen anderen Server wechseln könne und somit ein Notfallplan für solch einen Fall existiere.

Die Vorsitzende berichtete, dass Cyberangriffe auf Landkreise in der Vergangenheit leider zugenommen hätten.

Die Vorsitzende:

Cornelia Weigand
Landrätin

Der Schriftführer:

Sascha Hurtenbach
Werkleiter